Dolomiten
TAGBLATT DER SÜDTIROLER

Tiratura: 40.922 | **Diffusione:** 35.908 | **Readership:** 266.000
Data: 06/11/2026 | **Pagina:** 13
Categoria: Consiglio Provinciale di Bolzano - Landtag Bozen



Nein zu GIS-Senkung? „Das kann es nicht sein“

LANDTAG: Leiter Reber will Land und Gemeinden zurück an Verhandlungstisch zwingen – 30 Mio. Euro auf jeden Fall für Wohnen reservieren



BOZEN (bv). Die Gemeinden haben das Angebot des Landes, 30 Mio. Euro an Ausgleich zu zahlen, um die GIS auf Langzeitvermietung auf 0,4 Prozent zu senken, in den Wind geschossen. „Das aber kann es nicht gewesen sein“, sagt **der Freie Landtagsabgeordnete Andreas Leiter Reber**. In einem Beschlussantrag will er beide Partner verpflichten, weiter zu verhandeln. „Einigen sie sich nicht, so sollen die 30 Millionen zumindest ins Wohnen und konkret den gemeinnützigen Wohnbau und die 500-Euro-Initiative des ASGB fließen“, sagt Leiter Reber.

Der ordentliche Hebesatz für Langzeitvermietung liegt bei 0,76 Prozent; Städte wie Bozen und Meran heben deutlich mehr ein. Um Vermieten attraktiver zu machen, fordern Verbände und die Opposition seit Jahren, die GIS auf Langzeitvermietung zu senken. Für Unverständnis sorgte deshalb das Nein der Gemeinden zum Angebot des Landeshauptmanns, 30 Mio. Euro locker zu machen, auf dass die Gemeinden die GIS auf Langzeitvermietung auf 0,4 Prozent senken. Die Ersparnis für die Vermieter würde nur 120 bis 300 Euro betragen, in Bozen können es auch 500 Euro sein. „Deswegen vermietet keiner eine Wohnung“, sagte Gemeinden-Chef Dominik Oberstaller. Trient habe es versucht, die GIS gesenkt, aber wieder angehoben.

Ganz anders sieht dies Andreas Leiter Reber. „Abgesehen davon, dass man mit 500 Euro einige Male tanken oder die Weihnachtsgeschenke kaufen könnte, kann es das doch nicht gewesen sein“, sagt er. Mit einem Beschlussantrag, den der Landtag nächste Woche behandelt, will er den Landeshauptmann verpflichten und den Rat der Gemeinden auffordern, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. „Und zwar mit dem Ziel, gemeinsam Lösungen zu finden, welche die Langzeitvermietung an die in Südtirol ansässige Bevölkerung steuerlich entlasten.“

Das Angebot des Landeshauptmanns sah einen Ausgleich des Landes für die Differenz von 0,76 auf 0,4 Prozent vor.



Die geplante Senkung der GIS für Langzeitvermietungen ist vorerst gescheitert. Shutterstock/

Widerstand kam aus Bozen und Meran, die höhere Steuersätze einheben – und auf Haushaltslöchern sitzen blieben. Somit muss eine tragfähige Regel für den Ausgleich der Gemeinden erarbeitet werden, der unterschiedliche Steuersätze und Einnahmenausfälle berücksichtigt.

„Sollten sich Land und Gemeinden nicht einigen, so sollten die 30 Mio. Euro, die der Landeshauptmann offensichtlich übrig hat, auf jeden Fall ins Wohnen fließen“, so Reber in seinem Antrag. Zwei Möglichkeiten sieht er vor: den gemeinnützigen Wohnbau und die Forderung des ASGB, jungen Arbeitnehmern mit unbefristetem Arbeitsvertrag eine monatliche Miet-Starthilfe von 500 Euro für zwei Jahre zukommen zu lassen.

© Alle Rechte vorbehalten

Ritaglio ad uso esclusivo del destinatario, è vietata la riproduzione e la distribuzione.